

Auswertung der Antwort der Bundesregierung die Kleine Anfrage „Militärische Pläne für das Patrick-Henry-Village in Heidelberg“ BT-Drs.: 21/2663

Die Bundesregierung macht unmissverständlich klar, wenn es um die Nutzung von Konversionsflächen geht, hat die Bundeswehr Vorrang vor dem Wohnungsbau.

Das Patrick-Henry-Village (PHV) sieht die Bundesregierung „insbesondere angesichts seiner Größe, seiner militärischen Vornutzung und Lage im Raum voraussichtlich besonders geeignet“. Auf die Frage nach der aktuellen Prüfung (siehe Frage 10) teilt die Bundesregierung mit: „In der aktuellen Prüfphase befasst sich die Bundeswehr mit dem gesamten PHV-Gelände.“ Zugleich teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort zur Frage nach dem Prüfauftrag zur Nutzung des PHV jedoch mit: „Ein konkreter Prüfauftrag zur Nutzung des PHV ist bislang nicht erfolgt.“

In den Kleinen Anfragen haben wir nach der Einbeziehung der Interessen der Stadt Heidelberg in die aktuelle Prüfung gefragt. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass am 7. November 2025 eine Besprechung zwischen der Stadt Heidelberg, Vertretern der BlmA und dem BMVg stattfanden. Jedoch erwähnt sie keine konkreten Inhalte dieser Besprechung.

Bei zwölf Fragen der Kleinen Anfrage weicht die Bundesregierung offen aus und verweist u.a. auf ihre allgemeine Vorbemerkung.

Interessanter Widerspruch bei den Antworten der Bundesregierung:

Am 9. Mai 2025 hatte ich die Bundesregierung gefragt, ob eine militärische Nutzung des PHV geplant ist. Daraufhin hat die Bundesregierung mitgeteilt, dass sie keine Erkenntnisse dazu hat (vgl. Antworten auf die Schriftlichen Fragen 42 und 43 auf Bundestagsdrucksache 21/166). Diese Antwort auf die aktuelle Kleine Anfrage stellt einen klaren Widerspruch zur Antwort auf meine zuvor gestellten Schriftlichen Fragen dar.

Sahra Mirow, MdB, Die Linke, aus Heidelberg erklärt dazu:

„Die akute Wohnungsnot in der Region macht die Priorität der zivilen Nutzung und der Daseinsvorsorgen unabdingbar. Angesichts der gravierenden Folgen für die kommunale Planungshoheit, den regionalen Wohnungsmarkt und die Finanzen des Bundes ist vollständige Transparenz nötig. Diese muss sowohl die militärischen Erfordernisse an diesem Standort als auch die konkreten Pläne der Bundesregierung und die damit verbundenen Kosten umfassen.“

Diese Antwort der Bundesregierung ist für die Stadt Heidelberg ein herber Rückschlag. Aus der Ferne in Berlin werden die über zehn Jahre gereiften städtebaulichen Planungen der Stadt missachtet und damit ein zentrales Zukunftsprojekt zerstört. Ebenso nimmt sie eine weitere Verlagerung des Ankunftsentrums für Geflüchtete in Kauf. Dabei haben in einem Bürgerentscheid im April 2021 über 70 Prozent der Heidelberger Stadtgesellschaft sich für

den Verbleib des Ankunftsentrums im PHV entschieden. Anstatt über die Köpfe der Menschen hinweg zu entscheiden, sollte die Bundesregierung die kommunalen Planungen und den Willen der Stadtgesellschaft ernsthaft berücksichtigen.“